

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Mit Vorsicht und Rücksicht Richtung Alltag
- Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft
- Schulen brauchen Hilfe über den Tag hinaus
- Jedes Kind muss schwimmen können
- Wer sein Mandat versilbern will, hat in unseren Parlamenten nichts verloren

Corona:

Mit Vorsicht und Rücksicht Richtung Alltag!

Auch in der Mai-Sitzung war Corona das beherrschende Thema. Es ging neben dem weiteren Vorgehen in der Impfkampagne aber auch um die Folgekosten der Pandemie. Für die SPD-Fraktion hatte das Wort der Oppositionsführer, Dr. Ralf Stegner:

„Die Impfungen bleiben unser bester Weg aus dieser Pandemie. Sie sind der Schlüssel, um die Infektionszahlen dauerhaft in den Griff zu bekommen und aus dem unheilvollen ständigen Kreislauf von Verschärfungen und Lockerungen auszubrechen. Darum ist Impfneid vollkommen fehl am Platz – im Gegenteil, wir sollten uns gemeinsam über jede Impfung freuen. Wer sich impfen lässt, schützt nicht nur sich selbst, sondern auch andere. Diese Botschaft wird in den kommenden Wochen und Monaten noch wichtiger werden. Wir sehen am Beispiel der USA, dass trotz unbestreitbarer Impferfolge die nächste Phase der Impfungen nicht leichter wird. Viele Impfzentren dort stehen praktisch still, Städte und Bundesstaaten überlegen sich Anreize, um Menschen von der Impfung zu überzeugen. Daraus sollten wir lernen. Und zwar indem wir alles vermeiden, was unnötigen Frust schafft. Die Menschen verstehen, dass nicht jeder sofort geimpft werden kann. Aber die Menschen verstehen nicht, dass sie Woche für Woche wieder Stunden vor dem PC verbringen sollen, um mit anderen digital um die knappen Termine zu ringen. Das ist frustrierend! Es kann nicht sein, dass derjenige am schnellsten zur Impfung kommt, der die meisten elektronischen Geräte hat, um sich viele Plätze in der digitalen Warteschleife zu sichern.



„Tempo ist jetzt das wichtigste. Und dafür braucht es alle: Haus- und Betriebsärzte, Impfzentren und auch die von meiner Fraktion geforderten mobilen Impfteams!“

Das Impfterminmanagement ist und bleibt ein Trauerspiel und dafür trägt niemand anderes Verantwortung als diese Landesregierung selbst. Hinterher sind alle schlauer – aber die SPD hat eben auch schon seit Monaten Alternativen gefordert. Es ist richtig, dass die Priorisierung bei den Haus- und Fachärzten ab dem 7. Juni wegfällt, weil das dem klaren Signal vieler Hausärzte entspricht – die ihre Patienten am besten kennen – und widerspiegelt, dass mit konstanteren Lieferungen zu rechnen ist. Aber umso wichtiger ist ein System, das die Menschen nicht zwingt, zu Egoisten zu werden, um an die Impfung zu kommen. Wenn die Landesregierung sich endlich auf diesen Weg begibt und in zwei Wochen dann zumindest die Registrierung für Termine bei Impfzentren zulässt, unterstützen wir das gerne, auch wenn diese Erkenntnis reichlich spät kommt.

Tempo ist jetzt das wichtigste. Und dafür braucht es alle: Haus- und Betriebsärzte, Impfzentren und auch die von meiner Fraktion geforderten mobilen Impfteams. Denn uns allen ist doch klar: wichtig ist es dort zu impfen, wo es besonders nötig ist, nicht dort, wo die Arzt-Quote besonders hoch ist. Auch nach 15 Monaten Corona gilt für uns: Wir kritisieren die Regierung dort, wo es nötig ist. Aber wir stehen auch in der Opposition zu unserer Verantwortung für Schleswig-Holstein. Das ist einer

von so vielen Punkten, in dem wir uns von denen rechts außen unterscheiden, die sich lieber an Inzidenzwerten und Masken abarbeiten. Und weil wir zu unserer Verantwortung stehen, tragen wir auch die Umschichtungen beim Notkredit mit. Das Land muss jetzt handlungsfähig bleiben, um die Folgen der Pandemie so gut wie möglich zu bewältigen. Aber wir haben auch klar gemacht, dass unsere Zustimmung an eine Bedingung geknüpft ist: Wir wollen, dass die Unterstützung bei denen ankommt, die sie besonders dringend brauchen, nicht zuletzt die wirklich gebeutelten Familien. Und die Unterstützung des milliarden schweren Corona-Aufholprogramms ist ein großer Erfolg unserer Bundesminister. Schade, dass man dafür in Berlin mit der eigentlich zuständigen CDU-Bildungsministerin so lange ringen musste. Aber aus gegebenem Anlass will ich für meine Fraktion schon noch einmal klarstellen: Das Bundespaket soll dafür sorgen, dass durch Corona niemand auf der Strecke bleibt. Geradezu absurd wäre es, mit diesem Geld jetzt originäre Aufgaben des Landes finanzieren zu wollen – darauf werden wir sehr genau achten!

Es geht mit Blick auf die Familien aber nicht nur um die Bewältigung der Corona-Folgen, sondern auch um konkrete Entlastung. Das Land hat über viele Wochen den Appell an die Eltern gerichtet, ihre Kinder wann immer möglich zu Hause zu betreuen. Viele Familien sind dem nachgekommen und haben damit ihren Teil zur Pandemie-Bekämpfung geleistet. Obwohl das oftmals mit zeitgleichem Homeoffice, der Betreuung von Geschwisterkindern oder in kleineren Wohnungen eine enorme Belastung war. Es kann nicht sein, dass wir diese Eltern als Dank mit dem vollen Kita-Beitrag allein im Regen stehen lassen. Da muss eine Lösung möglich sein. Und auch dafür haben wir einen Antrag gestellt. Und grundsätzlich gilt bei diesem Thema: Ohne Kita-Gebühren hätten wir dieses Problem nicht. Bildung muss kostenfrei sein, von der Kita bis zum Studium! Alle anderen norddeutschen Länder sind auf diesem Weg – da regieren ja auch Sozialdemokraten. Das wird sich in Schleswig-Holstein offenkundig erst ändern, wenn wir wieder die Regierung führen.“

Das war die Landtagsrede von Ralf Stegner: <https://www.youtube.com/watch?v=B-AVMYmZrA>

Nahostkonflikt:

Antisemitismus hat keinen Platz in unserer Gesellschaft!

Der Konflikt im Nahen Osten führte zu verstörenden Szenen vor Synagogen in Deutschland, die der Anlass für eine Aktuelle Stunde waren. Serpil Midyatli fand in unserem Landesparlament klare Worte gegen diesen antisemitischen Hass:

„Es macht mich als Deutsche wütend, dass Jüdinnen und Juden in unserem Land noch immer Angst haben müssen.“

Noch immer hält die Gewalt im Nahen Osten an und fordert Opfer auf beiden Seiten. Die Raketenangriffe der Hamas auf Israel haben zu dieser jüngsten Eskalation geführt. Dieser Terror ist durch nichts zu rechtfertigen und muss sofort beendet werden. Das Existenzrecht Israels darf niemals in Frage gestellt werden. Die Spirale der Gewalt, die nur zu noch mehr Leid und Zerstörung führt, muss durchbrochen werden.

Die Aggression und die Gewalt gegen jüdisches Leben und jüdische Einrichtungen müssen mit der vollen Härte unserer Gesetze verfolgt, bestraft und, wenn nötig, müssen Gesetze verschärft werden. Es gibt keinen Platz für Antisemitismus in unserer Gesellschaft. Dieser ist immer antidemokratisch. Daher ist es wichtig, dass wir Demokratinnen und Demokraten ein Zeichen gegen Antisemitismus aus unserem Landtag senden.

„Die Aggression und die Gewalt gegen jüdisches Leben und jüdische Einrichtungen müssen mit der vollen Härte unserer Gesetze verfolgt, bestraft und, wenn nötig, müssen Gesetze verschärft werden!“



Es wäre in dieser aufgeheizten Situation zu einfach zu sagen, Antisemitismus sei ein Problem von nur einer bestimmten Gruppe, wie zum Beispiel von Musliminnen und Muslimen. Antisemitismus kennt keine Religion, keine Herkunft, kein Geschlecht oder Alter. Ja, es gibt eine neue Form des Antisemitismus. Diese ist aber mitnichten die alleinige Form. Es ist ein

gesellschaftliches Problem. Und daher dürfen und können wir es uns vor allem vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte eben nicht einfach machen.

Antisemitismus ist eine traurige Konstante deutscher Geschichte und beschränkt sich mitnichten nur auf die zwölf dunkelsten Jahre von 1933-1945. Es gab Antisemitismus vor Hitler und es gibt ihn nach Hitler. Das zeigt zum Beispiel die Geschichte von Paul Singer, der von 1882 bis 1911 Vorsitzender der SPD war und zeitlebens antisemitisch diffamiert wurde. Als Jude, Unternehmer und Sozialist war er gleich in dreifacher Hinsicht ein Feindbild für die damaligen konservativen Kreise. Sein Leben zeigt aber auch beispielhaft, dass es immer auch die entschiedenen Gegner des Antisemitismus gegeben hat.

Als Paul Singer im Januar 1911 erkrankte und nach kurzer schwerer Krankheit starb, gaben ihm fast eine Million Menschen das letzte Geleit. Seine Beerdigung wurde zum größten Trauermarsch, den Berlin je gesehen hatte. Dennoch zeigt seine Geschichte: Antisemitismus in Deutschland hat viele Gesichter. Es gibt auch heute den rechtsradikalen Antisemitismus. Und auch den im bürgerlichen Gewand. Zunehmend sehen wir eine gefährliche Vermischung mit Verschwörungstheorien, die gerade in der Corona-Pandemie um sich gegriffen hatten. Damals wie heute brauchen wir den Mut, dagegen aufzustehen und einzuschreiten.“

Das war die Landtagsrede von Serpil Midyatli: <https://www.youtube.com/watch?v=v93LDwE3qLA>

Bildungspolitik:

Schulen brauchen Hilfe über den Tag hinaus!

Die Corona-Pandemie trifft die Schülerinnen und Schüler in mehreren Bereichen hart. Sie müssen nicht nur den Wechsel zwischen Präsenz-, Hybrid- und Distanzunterricht unter erschwerten Lernbedingungen bewältigen. Ihr gesamtes soziales Leben innerhalb und außerhalb der Schule ist seit über einem Jahr extrem eingeschränkt; Rückzugsräume wie Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken u.a. stehen ihnen kaum noch zur Verfügung. Das bleibt nicht ohne psychische und seelische Auswirkungen. Deshalb haben wir mit dem SSW gemeinsam einen Antrag (Drs. 19/2948) zur Stärkung der Schulsozialarbeit eingebracht. Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Martin Habersaat:

„SPD und SSW haben bereits Vorschläge vorgelegt, wie Lernlücken bei Schülerinnen und Schülern angegangen werden könnten. Doch es darf bei der Aufarbeitung nicht nur um fachliche Aspekte gehen. Als wir gemahnt haben, nach Monaten des Lockdowns die Schüler*innen nicht mit einem Klassenarbeitsplan, sondern eher im Stuhlkreis wieder an den Schulen zu begrüßen, haben wir das ernst gemeint. Natürlich wurde fachlich nicht alles geschafft, was unter normalen Umständen zu schaffen wäre. Aber Schule ist so viel mehr. Die Entwicklungsbedürfnisse von Kindern und Jugendlichen mussten nicht nur in fachlicher Hinsicht zurückstecken. Es wird höchste Zeit, dass die Bildungsministerin Perspektiven aufzeigt, die über das Bewältigen der nächsten zwei Wochen hinausgehen.“



„Es wird höchste Zeit, dass die Bildungsministerin Perspektiven aufzeigt, die über das Bewältigen der nächsten zwei Wochen hinausgehen!“

Bund, Länder und Kommunen arbeiten in vielen Bereichen der Schulen eng zusammen. Wir setzen uns dafür ein, dass sie gemeinsam den Bedarf bei der Schulsozialarbeit in den Fokus nehmen und sich auf einen Pakt verständigen, der mehr finanzielle Mittel und mehr Menschen in die Schulsozialarbeit bringt. Das heißt, dass die Kommunen sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten beteiligen. Viele Schülerinnen und Schüler brauchen einen Rückzugsraum außerhalb der eigenen Wohnung. Hier kommen Schulen, Jugendzentren, Bibliotheken und andere Räumlichkeiten in Frage, an denen dann aber auch eine pädagogische Mindestbetreuung sicherzustellen ist. Auch da brauchen wir die Kommunen. Für die Jamaika-Koalition heißt

das, dass sie aufhören muss, ausschließlich nach dem Bund zu rufen. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, sich für einen solchen Pakt einzusetzen.“

Das war die Landtagsrede von Martin Habersaat: <https://www.youtube.com/watch?v=SqwOakU3FmM>

Sportpolitik:

Jedes Kind muss schwimmen können!

Im Jahr 2020 starben bundesweit 378 Menschen bei Badeunfällen, unter ihnen 18 Kinder im Vorschulalter und fünf Kinder im Grundschulalter. Zwar ist die Zahl der Todesfälle im Vergleich zum Vorjahr 2019 sowohl bundesweit als auch in den norddeutschen Bundesländern leicht rückläufig, in Schleswig-Holstein stieg sie hingegen weiter an. Die Corona-Pandemie macht Schwimmunterricht praktisch unmöglich. Das muss sich dringend ändern, findet die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Kathrin Bockey, und hat einen entsprechenden Antrag (19/2954) in den Landtag eingebracht. Sie erklärt dazu:

„Schleswig-Holstein: das ist das Land zwischen den Meeren mit einer Gesamtküstenlänge von über 1.300 Kilometern und zahlreichen Flüssen und Seen. Sicher schwimmen zu können ist bei uns besonders wichtig! Im Idealfall melden Eltern heute ihre Kinder zum Schwimmkurs an und im Glücksfall ist es die Schule, die ihrer Verpflichtung zum Schwimmen-Lehren nachkommt. Selbstverständlich war schon vor Corona weder das eine noch das andere und im Moment läuft gar nichts.

Unsere Anhörung im Innenausschuss zum Thema „Sport in Coronazeiten“ hat die Dramatik der Situation noch mal verdeutlicht! Durch Corona und die damit verbundenen Hallenschließungen werden 20.000 Kinder nicht Schwimmen lernen und mit jedem Monat steigt diese Zahl. Gleichzeitig haben Rettungsorganisationen wie der DLRG in der Anhörung deutlich gemacht, dass die Ausbildung von Rettungsschwimmern momentan so gut wie brach liegt. Wir sind im Begriff, ein riesiges Loch in die bestehenden Strukturen zu reißen. Rettungsschwimmer*innen lassen sich nicht von einem Tag auf den anderen ausbilden und sie brauchen das regelmäßige Training. Es dürfte zwar ausgebildet werden, faktisch findet dies so gut wie gar nicht mehr statt. Der Grund? Ende April waren laut Umfrage des DLRG Landesverbandes 70 der rund 90 Hallenbäder nicht in Betrieb. Damit entfällt die Ausbildung von Rettungsschwimmern in vielen Landesteilen genauso wie der Schwimmunterricht.



„Durch Corona und die damit verbundenen Hallenschließungen werden 20.000 Kinder nicht Schwimmen lernen und mit jedem Monat steigt diese Zahl!“

Die Corona-Pandemie zeigt: Dort, wo es bereits vorher Mängel gab, hat sich die Situation noch verschlimmert. Unsere Lehrer*innen kämpfen seit über einem Jahr dafür, ihre Schüler*innen in den Kinderzimmern vor den Bildschirmen nicht zu verlieren. Bezogen auf das Schwimmen gab es gar keinen Kampf, weil die meisten Hallenbäder geschlossen und vielfach sogar das Wasser aus den Becken abgelassen war. Das müssen wir ändern. Und zwar sehr schnell. Wir müssen diesem Trend entgegenwirken, indem wir Kommunen und Hallenbetreiber konkret unterstützen, Schwimmflächen zur Verfügung zu stellen. Dazu gehört, überall wo es möglich ist, Hallenbäder und Freibäder parallel zu betreiben und damit die Hallenbadsaison zu verlängern. Wir müssen jetzt im Rahmen der Coronahilfen finanzielle Anreize schaffen, damit wieder Wasser in die Becken gelassen werden kann - selbst dann, wenn keine Lockerungen für den allgemeinen Schwimmbetrieb beschlossen werden.

Als sportpolitische Sprecherin wünschte ich mir, dass über diese Frage der Öffnungen noch einmal intensiv nachgedacht wird. Unsere Anhörung hat auch den Aspekt beleuchtet, dass aus epidemiologischer Sicht die Ansteckungsgefahr im Wasser gegen Null geht. Mit entsprechenden Hygienekonzepten sollte hier mehr möglich sein an Öffnungen.

Das war die Landtagsrede von Kathrin Bockey: <https://www.youtube.com/watch?v=5Lf5Cdc68i8>

Wer sein Mandat versilbern will, hat in unseren Parlamenten nichts verloren!

CDU und CSU sind tief im Maskensumpf versunken. Das betrifft nicht nur die Abgeordneten, die sich in der Krise persönlich bereichert haben, sondern leider wurde auch viel Vertrauen in die Politik insgesamt verspielt. Deshalb hat die SPD-Fraktion eine fraktionsübergreifende Initiative gestartet (Drs. 19/2959), um die Regeln, die für die Abgeordneten des schleswig-holsteinischen Landtags gelten, auf den Prüfstand zu stellen. Dazu erklärt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Dr. Ralf Stegner:

„Die Corona-Pandemie hat Maßnahmen erforderlich gemacht, die wir lange Zeit für undenkbar gehalten hätten. Ausgangssperren oder Kontaktverbote sind ein massiver Eingriff in Freiheitsrechte, aber auch eine besondere Belastungsprobe für unser demokratisches System. Denn anders als in repressiven Systemen lebt unsere repräsentative Demokratie vom Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Institutionen und zu denen, die politisch Verantwortung tragen. Eine Reihe von Vorfällen hat dieses Vertrauen in den vergangenen Monaten erschüttert. Abgeordnete, die hohe Provisionen für die Vermittlung von Masken kassiert haben. Dubioser Lobbyismus für kaukasische Diktaturen. Provisionen oder Vermögensvorteile, die Mandatsträgern als Gratifikation für den politischen Einsatz gewährt wurden. Nicht alles davon ist im strafrechtlichen Sinne illegal. Politisch jedoch gehören diese Vorgänge verurteilt. Klar ist: Wer sein Mandat nutzen will, um sich persönlich zu bereichern, hat in unseren Parlamenten nichts verloren! Das muss der Konsens der demokratischen Parteien sein.

„Wer sein Mandat nutzen will, um sich persönlich zu bereichern, hat in unseren Parlamenten nichts verloren! Das muss der Konsens der demokratischen Parteien sein!“



In keinen der Skandale sind nach derzeitigem Stand Mandatsträgerinnen und Mandatsträger aus Schleswig-Holstein verwickelt. Das ist eine gute Nachricht. Und trotzdem müssen die Vorfälle auch für uns Anlass sein, die bestehenden Regelungen für Landtagsabgeordnete auf den Prüfstand zu stellen. Ich bin sehr froh, dass sich die demokratischen Fraktionen dazu gemeinsam auf den Weg gemacht haben und wir voraussichtlich bereits im Juni über eine Änderung unseres Abgeordnetengesetzes sprechen können. Zwei Punkte sind für meine Fraktion dabei zentral. Wir wollen unmissverständlich klar machen, dass bezahlte Lobbytätigkeiten neben dem Mandat nicht zulässig sein dürfen. Und wir wollen auch verbindlicher machen, was unser Abgeordnetengesetz schon heute vorsieht: Die Ausübung des Mandats hat im Mittelpunkt der Tätigkeit von Abgeordneten zu stehen. Darauf haben Wählerinnen und Wähler einen Anspruch! Das bedeutet ausdrücklich nicht, dass jede Form von Betätigung neben dem Mandat anrühlich wäre. Es ist ausdrücklich begrüßenswert, wenn Abgeordnete sich neben ihrem Mandat ehrenamtlich oder auch kommunalpolitisch engagieren. Das ist wertvolles gesellschaftliches Engagement! Und natürlich müssen wir auch im Blick behalten, dass unser Parlament die Breite der Bevölkerung repräsentiert. Gerade für Selbständige und Angehörige der Freien Berufe ohne Rückkehrrecht in eine Beschäftigung aus der Zeit vor dem Mandat soll auch in Zukunft – in angemessenem Rahmen – eine Nebentätigkeit möglich sein.“

Das war die Landtagsrede von Ralf Stegner: <https://www.youtube.com/watch?v=QYFERnV4l0U>

Impressum

Herausgeberin SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Pressesprecher Heimo Zwischenberger
Layout Marie Strake

Postfach 7121, 24171 Kiel

SPD **FRAKTION
SCHLESWIG-
HOLSTEIN**